Bekanntmachung.

Nachdem von uns heute noch die nachstehenden Herren
der Landwirth **Hans Hugo Hacker**, Kochstr. 17, I.,
der Schänkwirth **Otto Magnus Kleeberg**, Münzgasse 7, und
der Victualienhändler **Gustav Adolf Schindler**, Magazingasse 13,
als gewerbsmäßige Trichinenschauer für hiesige Stadt verpflichtet worden sind, so bringen wir solches mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß diese Herren, weil im Trichinenschauamt unseres Schlachthofes nicht beschäftigt, jeder Zeit zur Ausführung von Privataufträgen bereit sind.

Leipzig, am 12. October 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.

VIII, 1907. Dr. Georgi. Dr. Kretzschmar.

Nichtamtlicher Theil.

Vor fünfundsiebzig Jahren.

I.

* Inmitten der Segnungen des Friedens und bestrahlt vom Glanze und der Macht des festgeeinten deutschen Reiches begeht in diesen Tagen unser Volk und insbesondere unsere Stadt die Erinnerung an den vielspaltenen Befreiungskampf, in dem sich vor fünfundsiebzig Jahren das Schicksal der Völker Europas und vor Allem der Deutschen entscheiden sollte. Dreiviertel eines Jahrhunderts sind dahin geflossen, seitdem vor den Thoren von Leipzig diejenige Schlacht geschlagen wurde, welche als eine der größten und bedeutungsvollsten aller Zeiten zu gelten hat, und in welcher die lange Jahre unterdrückte und geknechtete Vaterlandsliebe einen glorreichen Sieg über den fremdländischen Despotismus erfocht. Gewaltig ist der Umschwung, der seit jenen denkwürdigen Tagen in ganz Europa Platz gegriffen hat und, Gott sei es gedankt, ein ganz anderes und erhebenderes Bild bietet unseren deutschen Vaterland dar, aber diese totale Veränderung und die welterschütternden Ereignisse der letzten Decennien haben doch nicht vermocht, die Erinnerung an Das, was unsere Großväter und Väter im Jahre 1813 zur Errettung der deutschen Nationalität und Beseitigung der Fremdherrschaft gethan, aus unseren Herzen zu reißen. Im Gegentheil, die gegenwärtigen Octobertage lassen so recht diese dankbare Erinnerung vor unsere Seele treten, und wenn auch unsere Stadt Leipzig kein so glänzendes und umfassendes Gedenkfest, wie vor 25 Jahren, unter Betheiligung aller deutschen Stämme feiert, ein Fest, welches allen Denen, die daran Theil genommen, unvergeßlich bleibt, so werden doch sicher am heutigen 75. Gedenktag der Völkerschlacht von Leipzig die Empfindungen aller Deutschen mit derselben Pietät und patriotischen Dankbarkeit sich in jene Tage eines der heldenmüthigsten Kämpfe zurückversetzen.

Es soll nicht unsere Aufgabe sein, ausführlich in die Geschichte der damaligen Zeit einzugehen, sondern wir wollen lediglich durch einen kurzen historischen Rückblick unserer Pflicht, der großen Befreiungsschlacht zu gedenken, genügen, und haben allerdings zeigen, in welchem Grade das jetzt lebende Geschlecht sich ob der Entwickelung, welche Deutschland seit jenen Zeitläuften durchgemacht hat, glücklich preisen kann. Die Hoffnung, daß Kaiser Napoleon I. durch den für ihn so unglücklichen russischen Feldzug von der Höhe seiner Macht würde herabgeschleudert worden sein, war nicht in Erfüllung gegangen. Es waren zwar von der gewaltigen französischen Armee nur dreißig- bis vierzigtausend Mann über den Niemen nach Preußen zurückgekehrt und auch diese ermangelten der Ordnung und Führung, so daß sie sich bald nach allen Seiten hin zerstreuten. Aber das Genie und das Organisationstalent, verbunden mit dem Zauber, den Napoleon trotz seiner Niederlagen auf die Gemüther in Frankreich ausübte, brachten es fertig, daß im Frühling des Jahres 1813 Kaiser Napoleon schon wieder mit einem großen neugeschaffenen Heere in Deutschland stand. Dieses Heer war, da ihm viele gediente Leute und alte kriegserfahrene Officiere zur Einübung zugetheilt wurden, in Betreff des Fußvolkes den Truppen seiner Gegner überlegen. Ein gleiches Verhältniß bestand in Bezug auf die Artillerie, und nur an Reiterei hatte die neue Napoleonische Armee einen nicht zu beseitigenden Mangel, der sich für sie recht fühlbar machen sollte.

Gegenüber diesem trotzenden Wiederemporraffen der Macht des Kaisers Napoleon hatte auch derjenige Staat, auf dessen Schultern ganz vorwiegend der Kampf um die Befreiung Deutschlands lastete, alles nur irgendwie Menschenmögliche gethan, um aus diesem Kampf mit Ehren hervorzugehen und die herben Mißerfolge der vorausgegangenen Jahre wett zu machen. In Preußen hatten endlich die Reorganisations-Bestrebungen von Patrioten, wie Scharnhorst und Gneisenau, Stein und Hardenberg, ihre herrlichen Früchte getragen, und am 17. März 1813 konnte es Friedrich Wilhelm III. wagen, im Anschluß an Rußland und Oesterreich Napoleon den Krieg zu erklären und den bekannten Aufruf an sein Volk zu erlassen. Aus diesem Aufruf ging der ganze Ernst hervor, um den es sich in dem beschlossenen Existenzkampf gegen den corsischen Eroberer und unbestrittenen Meister der Kriegskunst handelte. Der beschlossene Krieg, so hieß es in dem Aufruf, sei kein gewöhnlicher, es stehe vielmehr Alles auf dem Spiel, es müsse daher auch Alles gewagt werden; aus diesem Grunde werde die ganze preußische Nation zu den Waffen gerufen, und der König gebe nicht nur das Versprechen, daß die königliche Familie selbst alle Gefahren theilen werde, sondern es würde auch allen Ständen die Freiheit und das Recht, in Staatsangelegenheiten eine Stimme zu haben, als Preis unerhörter Anstrengungen verliehen. In Folge dieses Aufrufes wurde die zuerst in der Provinz Preußen getroffene Einrichtung der bewaffneten Volksmacht oder der sogenannten Landwehr über die ganze preußische Monarchie ausgedehnt, und wir wissen aus den Werken der Geschichtsschreiber, in welchen gewaltigen Wogen sich durch den gedachten Aufruf, vorbereitet durch die langjährigen schmachvollen Bedrückungen der französischen Gewaltherrschaft, die Begeisterung und der Todesmuth des preußischen Volkes entzündeten.

Napoleon hatte, als er von Mainz nach Erfurt reiste, seinen verschiedenen Armeecorps die Gegend von Leipzig als Vereinigungspunct angewiesen. Zunächst war das Kriegsglück ihm nochmals günstig, denn er gewann am 2. Mai 1813 gegen die Verbündeten die Schlacht bei Großgörschen. Der französische Kaiser hatte hiermit seinen Hauptzweck erreicht, denn er konnte, wenn er auch weder Gefangene gemacht, noch Geschütze erobert hatte, in Folge der Thatsache, daß die Verbündeten das Schlachtfeld räumten, doch einen Sieg verkündigen. Andererseits hatte Napoleon bei Großgörschen die Erfahrung machen müssen, daß er fortan nicht mehr mit Miethlingen, sondern mit Nationalheeren zu kämpfen habe. Am 20. Mai kam es alsdann bei Bautzen zu einem Treffen, und es gelang auch dieses Mal wieder dem Kaiser Napoleon, durch seine strategische Geschicklichkeit die Verbündeten aus ihren Stellungen zu verdrängen, und als am anderen Tag der Kampf erneuert wurde, mußten letztere ihrem Gegner auch hier das Schlachtfeld überlassen. Merkwürdigerweise ließ sich Napoleon dazu verleiten, einen für ihn unter allen Umständen nachtheiligen Waffenstillstand abzuschließen, der bis zum 10. August des Jahres 1813 dauerte. Bei Wiedereröffnung des Feldzuges waren die alliirten Heere unter den Befehl des Fürsten Schwarzenberg gestellt, der zwar nicht der beste General war, wohl aber ein gewandter Diplomat und geschmeidiger Hofmann. Unter den verbündeten Mächten Rußland, Oesterreich und Preußen und ihren Generälen herrschte eine große Verschiedenheit der Ansichten und eine eben so große gegenseitige Eifersucht. Außerdem redeten König Friedrich Wilhelm und Kaiser Alexander, die sich beim Heere befanden, unaufhörlich in die Kriegsführung hinein, so daß der Oberbefehlshaber darauf angewiesen war, vor allen Dingen Geschicklichkeit im Vermitteln an den Tag zu legen.

Der Kriegsschauplatz war bei dem Wiederausbruch der Feindseligkeiten ein dreifacher, das böhmische Gebirge, die Provinz Schlesien und die Mark Brandenburg. Nunmehr sollte Napoleon bald die Wandelbarkeit des Kriegsglückes kennen lernen, es sollte ihm aber auch Klarheit darüber werden, daß ihm ganz andere Truppen wie früher gegenüberstanden und daß sein Hochmuth und seine Verachtung gegen diejenige Classe des preußischen Heeres, welche er in einem Armeebefehl als „Lumpengesindel" bezeichnet hatte, ganz ungerechtfertigt und verhängnißvoll war. Mit diesem Schimpfwort meinte er die preußische Landwehr, aber der französische Marschall Oudinot erlitt am 23. August bei Großbeeren gegen diese Landwehr eine herbe Niederlage. Noch größer und bedeutender war der Sieg, den General Blücher mit dem schlesischen Heer am 26. August gegen den Oberbefehlshaber der Franzosen in Schlesien, Macdonald, an der Katzbach oder, wie es auch genannt wird, bei Wahlstatt erfocht. Die preußischen Truppen waren hier, wie einige Tage früher bei Großbeeren, geradezu unüberwindlich. Blos mit Bajonetten und Kolben kämpfend, warfen sie den Feind auf allen Puncten zurück und bereiteten ihm eine verderbliche Niederlage. Noch einmal und zwar an demselben Tage neigte das Kriegsglück sich auf die Seite Napoleon's. Es gelang ihm, am 26. August nicht nur den Gesammtangriff der Verbündeten auf Dresden zurückzuweisen, sondern er schlug sie auch am nächstfolgenden Tage, als er sie mit seiner ganzen Macht angriff, auf das Empfindlichste, so daß die verbündeten Heere nach Böhmen zurückweichen mußten.

Nach diesem Erfolg begann nun aber endlich der Kriegsruhm Napoleon's völlig zu verblassen und das verdiente Verhängniß brach über ihn herein. Der französische General Vandamme, welcher die Verbündeten verfolgte, mußte am 30. August mit seinem ganzen Corps sich den Alliirten, die ihn völlig umstellt hatten, bei Kulm und Nollendorf ergeben. Acht Tage später kam es bei Dennewitz zu dem glänzenden Sieg der Preußen unter Bülow über einen der ausgezeichnetsten Heerführer Napoleon's, den Marschall Ney. Immer verhängnißvoller wälzten sich die Heeresmassen der Verbündeten gegen den Franzosenkaiser heran. Bernadotte war bis gegen Torgau vorgedrungen, Blücher näherte sich immer mehr der Elbe und erzwang schließlich bei Wartenburg den Uebergang über dieselbe, Bennigsen erschien mit einer russischen Reservearmee in Deutschland, und Ende September drang das dritte Hauptheer der Alliirten unter Schwarzenberg von Böhmen vor. Jetzt war es für Napoleon die höchste Zeit, Dresden zu verlassen; er begab sich, vom König von Sachsen begleitet, am 7. October nach Merzen. Sein Plan, womöglich zunächst Blücher vereinzelt zu einer Schlacht zu zwingen, mißlang, denn derselbe war nach der Saale zurückgewichen. Nunmehr glaubte der französische Kaiser seine Ehre als Feldherr und das Schicksal seines Reiches nur dadurch retten zu können, daß er in einer bei Leipzig zu liefernden Schlacht Alles auf eine einzige Karte setzte. Nach dieser Stadt war auch der Marsch der verbündeten Heere gerichtet. Am 14. October waren auf beiden Seiten die Hauptheereskräfte vereinigt und eine Recognoscirung des Generals Wittgenstein führte an diesem Tage bereits zu einem großen Reitergefecht bei Liebertwolkwitz, das jedoch keine Entscheidung brachte.

Das war die Einleitung zu der großen Völkerschlacht des Jahres 1813. Wie mögen damals die Herzen der Bewohnerschaft unserer lieben Stadt Leipzig gebangt haben, denn den verhältnißmäßig recht günstigen Ausgang, den die dreitägige Schlacht für die Stadt hatte, konnte und wagte wohl auch Niemand vorauszusehen.

Frankreich und der Dreibund.

Bei der Fahrt Kaiser Wilhelm's und König Humbert's vom Bahnhof nach dem Quirinal wurden rothe Zettel in ihren Wagen geworfen, auf welchen gestanden haben soll: Hoch Frankreich! Hoch Elsaß-Lothringen! Hoch Triest-Triest! Nieder mit dem Dreibund! Nach den vorliegenden Meldungen scheinen sich Franzosenfreunde und Irredentisten die Hand gereicht zu haben, um diesen Mächten in den allgemeinen Jubel zu bringen; irgendwelchen Erfolg haben sie damit nicht gehabt, sondern nur den höchst unrathsichen Charakter der Gesammthaltung der italienischen Bevölkerung für Kaiser Wilhelm um so wirkungsvoller zur Erscheinung treten lassen. Die Unruhestifter konnten nur durch die Verhaftung vor der Volkswuth geschützt werden, die Kundgebung ging nur von wenigen Personen aus und scheint nicht einmal auf italienischem Boden gewachsen zu sein, wie die Verhaftung des Directors der „Emancipazione" wahrscheinlich macht, eines Blattes, welches zugleich mit den Franzosen liebäugelt und dem Anarchismus huldigt. In Paris haben diese Vorfälle bei einem Theil der Presse Zustimmung gefunden, und sogar Blätter von Bedeutung, wie die „Liberté", haben ihre Freude daran geäußert, daß die Hetzwagen des Königs von Italien vor den Augen des Papstes keine Gnade gefunden haben.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Franzosen alle Ursache haben, mit den Erfolgen, welche die deutsche Politik seit langer Zeit, besonders aber unter Kaiser Wilhelm II. aufzuweisen hat, unzufrieden zu sein, aber sie können sich andererseits nicht verhehlen, daß sie die Schuld an der Gestaltung der europäischen Verhältnisse tragen, welche Frankreich außerhalb der politischen Entwickelung Europas seine Stelle anweist. Der „Standard", das Organ der englischen Regierung, sagt treffend, daß die Besuche Kaiser Wilhelm's in St. Petersburg, Wien und Rom die vollständige Vereinsamung Frankreichs in politischer und diplomatischer Beziehung nur um so schärfer hervortreten lassen, und daß Frankreich isolirt bleiben müsse, bis es die von ihm selbst geschaffene Lage anerkannt habe. Frankreich schließt sich selbst von der allgemeinen Entwickelung Europas aus, indem es hartnäckig an der Vorstellung festhält, daß der Frankfurter Friede nur einen vorübergehenden, aber nicht einen dauernden Zustand geschaffen hat, während es durch Verzicht auf alle Rachepläne sich selbst den größten Dienst erweisen würde. Wer sich seiner üblen Laune überläßt und schmollt, wo er seine Kräfte gebrauchen und etwas leisten könnte, fügt sich damit nur selbst Schaden zu und nützt Denen, welche er in ihren Erfolgen hemmen möchte.

Frankreich erschöpft seine Kraft seit achtzehn Jahren in stets gesteigerten Rüstungen, welche trotzdem in ihren Wirkungen weit hinter den eigenen Erwartungen zurückgeblieben sind. Die Absicht war dahin gerichtet, Rußland zu gewinnen, um im Verein mit dieser Macht die Karte von Europa umzugestalten. Frankreich hätte zu dem Ende müssen Rußland auf der Balkanhalbinsel freie Hand lassen, also gerade Das thun, was es in den Jahren 1854 bis 1856 durch Ströme von Blut zu verhindern suchte und das nur aus dem Grunde, um durch Beschäftigung eines Theiles der deutschen Armee Gelegenheit zur Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen zu gewinnen. Rußland hat aber die französische Republik nicht als gleichwerthigen Bundesgenossen anerkannt und deshalb das Zusammengehen mit Frankreich abgelehnt. Dieser Entschluß dürfte schon am 15. November 1887 nach der Unterredung Kaiser Alexander's mit dem Fürsten Bismarck bei jenem festgestanden haben, aber in Paris scheint man erst nach dem Besuche Kaiser Wilhelm's in Peterhof über den wahren Sachverhalt volle Klarheit gewonnen zu haben.

An Bemühungen auf französischer Seite, Kaiser Alexander umzustimmen, hat es nicht gefehlt; noch in neuester Zeit hat Madame Adam in der „Nouvelle Revue" das Werk der Verleumdung und Verdächtigung der deutschen Politik wieder aufgenommen, aber mit vollständigem Mißerfolg; Rußlands Kaiser ist über die Lauterkeit der Quellen, aus welchen die französischen Feinde Deutschlands ihre Waffen zur Bekämpfung ihres Feindes beziehen, so genau orientirt, daß es vergebliche Mühe ist, die zeitweise unterbrochene Minirarbeit wieder aufzunehmen. Frankreich hat die Erfahrung machen müssen, daß Rußland lieber seine Lieblingspläne vertagt, als sie mit Hilfe einer Macht ins Werk setzen will, die für die Zukunft keine ausreichende Sicherheit gewährt und deren Schicksal nach einer weiteren Niederlage ganz unberechenbar ist. Schon jetzt im Frieden ist die Zukunft Frankreichs so unsicher, daß die nächsten Tage einen Umschwung nicht nur durch Ernennung eines neuen Ministeriums, sondern auch durch die Veränderung der Staatsform herbeiführen kann. Boulanger steht bereit, um als Dictator an die Spitze Frankreichs zu treten; Prinz Victor Napoleon macht sich Rechnung darauf, der Nachfolger Napoleon's III. zu werden, und der Graf von Paris lebt der frohen Hoffnung, daß die Umstände es ihm gestatten werden, die Erbschaft Louis Philipp's anzutreten.

Die Wünsche und Aussichten der französischen Republik stehen im umgekehrten Verhältniß zu den Hoffnungen der Prätendenten; die Republik sucht in der Vereinigung aller Republikaner das alleinige Mittel zur Erwerbung des Kraftmaßes, das dem Herzog von Auerstedt vorschwebt und dessen Verstellung ihm die Worte an den Präsidenten Carnot eingab: er wünsche nichts sehnlicher, als daß es ihm vergönnt sein möge, sich mit den deutschen Truppen zu messen.

Frankreich verzehrt sich in unfruchtbaren Wünschen und Anstrengungen, seine besten Kräfte werden aufgerieben durch Aufrichtung einer Armee, welche im besten Falle ein furchtbares Blutvergießen in Europa herbeiführen kann, aber nach erlittener Niederlage Frankreich nur um so tiefer in seiner Machtstellung herabdrücken muß. Drei Großmächte stehen fest verbündet zusammen, um jede Friedensstörung mit vereinter Kraft zurückzuweisen, eine vierte, England, giebt ihren Entschluß zu erkennen, im Falle der Entscheidung dem Dreibund zur Seite zu stehen, und die einzige Macht, auf welche Frankreich bisher seine Hoffnungen gerichtet hatte, Rußland, hat frank und frei erklärt, daß es die französische Bundesgenossenschaft zurückweist. Das ist eine Lage, die bei ruhiger und besonnener Erwägung der in Betracht kommenden Verhältnisse jede Macht zu der Einsicht führen muß, daß es besser ist, die Wucht der Thatsachen anzuerkennen und sich innerhalb der bestehenden Verhältnisse einzurichten, als fort und fort sein ganzes Dichten und Trachten auf eine Veränderung zu lenken, die nach menschlichem Ermessen niemals erreicht werden kann.

Vor noch nicht langer Zeit hofften die Franzosen noch Italien auf ihre Seite ziehen zu können, sie glaubten an das Vorhandensein einer starken Partei, welche dem Dreibund abhold und dem Zusammengehen mit Frankreich zugethan sei, sie gab sich dabei derselben Täuschung hin, welche sie veranlaßte, die Franzosenfreunde in Ungarn zu einer Herausforderung der Gegenpartei im ungarischen Reichstage aufzustacheln. Beide Täuschungen sind schnell als solche erwiesen worden, Italien hält ebenso fest an dem Bündniß mit Deutschland wie Ungarn, und Frankreich kann nichts Besseres thun, als endlich seinem thörichten und ihm selbst so schädlichen Deutschenhaß Schweigen zu gebieten. Es giebt für Frankreich nur ein Mittel, zu gesunderen Zuständen zu gelangen, und das ist die rückhaltlose Anerkennung des Frankfurter Friedens.

Leipzig, 14. October.

* In der am 11. d. Mts. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssecretairs des Innern von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung ertheilte der Bundesrath den Beschlüssen der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr, betreffend vorläufige Bestimmungen über die Statistik des Waarenverkehrs aus Anlaß des bevorstehenden Zollanschlusses von Hamburg, Bremen und einiger preußischer und oldenburgischer Gebietstheile und die Zulassung gemischter Privat-Transitlager ohne amtlichen Mitverschluß für Getreide in Altona, sowie einem von denselben Ausschüssen gestellten Antrage wegen der Zollabfertigung harter Kammgarne die Genehmigung. Sodann wurde über die Inkraftsetzung des Unfall- und Krankenversicherungsgesetzes für die in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen in Mecklenburg-Strelitz und in Coburg-Gotha, über die Wiederbesetzung mehrerer erledigter Stellen bei Disciplinarbehörden, über den Sr. Majestät dem Kaiser wegen Besetzung einer Rathsstelle beim Reichsgericht zu unterbreitenden Vorschlag, endlich über die geschäftliche Behandlung von Eingaben Beschluß gefaßt.

* Zu den Mittheilungen der „Münchener Neuesten Nachrichten" über Attentatspläne der Anarchisten und Socialisten gegen Se. Majestät den Kaiser wird der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" aus Berlin geschrieben: „Von der Polizei ist schon vor mehreren Wochen auf Grund bestimmter Thatsachen, die ihr von verschiedenen Puncten aus gemeldet worden waren, die Besorgniß vor neuen Frevelthaten der Anarchisten gehegt worden. Es hängt damit offenbar auch zusammen, daß während der Reise des Kaisers in Süddeutschland in mehreren Orten, wie z. B. in Augsburg, den Zeitungen das, wenn auch vertrauliche, doch immerhin amtliche Ersuchen der Polizei zuging, über die Reiseroute des Kaisers und die Ankunfts- und Abreisezeiten keine speciellen Angaben zu bringen."

* Nach den officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" ist, wie bereits kurz erwähnt, eine seiner Zeit dem Kaiser Friedrich für geheime Correspondenzen mit den obersten Reichsbehörden zur Verfügung gestellte Chiffre, welche sich zur Zeit des Todes des Monarchen noch im Sterbezimmer befand, abhanden gekommen und spurlos verschwunden. Es liegt zweifellos ein Diebstahl vor und unwillkürlich lenkt sich der Verdacht auf einen aus dem Kreise der Leute, welchen Herr Mackenzie Zutritt zu dem Krankenzep. Sterbezimmer des Kaisers verschafft hatte. Es ist ja bekannt, daß Mackenzie unentwegt eine große Anzahl Karten an Personen verteilt hatte, auf Grund deren dieselben sich im Schlosse frei bewegen konnten und überall Zutritt hatten. Ob die so Zugelassenen alle eines solchen Vertrauens würdig waren, darnach wurde nicht gefragt; sie hatten nur die Verpflichtung, für ihren Patron und seine Zwecke Reclame zu machen — im Uebrigen konnten sie thun und lassen, was sie wollten.

* In Folge der Aufforderung des Untersuchungsrichters hat Herr Dr. Julius Rodenberg als Herausgeber der „Rundschau" Donnerstag Morgen das dem Abdruck in der „Rundschau" zu Grunde liegende Manuscript des Tagebuchs Kaiser Friedrich's III. nebst der einschlägigen Correspondenz mit dem Einsender ausgeliefert. Wie die „Vossische Zeitung" aus bester Quelle versichern zu können glaubt, ist dies in der ausdrücklich erklärten Absicht geschehen, die volle Integrität aller bei dieser Veröffentlichung betheiligten Personen nachzuweisen. Nach der nr.-Correspondenz ist das Tagebuch-Manuscript von Anfang bis Ende von der Hand des Geh. Raths Dr. Geffcken geschrieben und von diesem als das von ihm eingesandte Manuscript anerkannt worden.

* In Sachen Mackenzie schreiben die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten":

Daß die Deutschfreisinnigen in den bevorstehenden Wahlkampf ohne Wahlprogramm eintreten, ist mehrfach Gegenstand der öffentlichen Erörterung gewesen. Wenn dabei auch den Gründen gerecht ist, auf denen das Nichterscheinen des deutschfreisinnigen Wahlaufrufs beruht, so liegt jetzt die Antwort nahe. Die Mackenzie'sche Broschüre soll augenscheinlich die Stelle des Wahlaufrufs vertreten. Der Eifer, mit welchen die „Freisinnige Zeitung" für dieses Opus noch vor seinem Erscheinen Reclame machte und sogar den Vertrieb desselben unter ihre Fittiche genommen hat, gestattet wenigstens den Schluß auf eine enge Verbindung zwischen Herrn Mackenzie und dem freisinnigen Parteiorgan. Diesen intimen Beziehungen zu Liebe wird wohl auch der Text dem Interesse des Herrn Mackenzie dienstbar gemacht und vor allem die Tendenz der Broschüre so nahe als möglich zum Wahltermin hinausgeschoben sein. Bei der ängstlichen Spannung nun, mit welcher Herr Eugen Richter wohl auf das endliche Erscheinen des Werkes seines Gönners harrt, wollen wir ihm verrathen, daß die Mackenzie'sche Schrift gestern in einer ganzen Wagenladung von Oberhausen nach Berlin an die Mittler'sche Sortimentsbuchhandlung C. Schlachtstreitbeil Nr. 7 parterre abgegangen ist. Ob Herr Mackenzie sich mit dem Erscheinen der Broschüre für die Dienste, welche Herr Eugen Richter ihm bisher erwiesen hat, als genügend honorirt betrachtet, oder ob er der „Freisinnigen Zeitung" ohne den Erlag von Eintausend Mark die Erlaubniß ertheilt hat, Excerpte aus der Broschüre schreibend zu veröffentlichen, wissen wir nicht. Dagegen aber hören wir, daß einem Berliner Blatt und einem Wiener Blatt, welche beide sich um Herrn Mackenzie besondere Verdienste erworben haben, gegen Erlag von Eintausend Mark diese Erlaubniß ertheilt ist.

* Oberpräsident v. Bennigsen hat in folgendem Schreiben an den nationalliberalen Verein in Stade sich bereit erklärt, eine Wiederwahl in dem Reichstagswahlkreise Stade anzunehmen: „Dem geehrten Vorstande bin ich zu lebhaftem Danke verpflichtet für das Vertrauen, welches Sie mir in der mit so zahlreichen Unterschriften angesehener Männer aus meinem frühern Wahlkreise versehenen Zuschrift vom 24. v. M. ausdrücken. Ich erkläre mich gern bereit, ein Mandat in diesem Wahlkreise wieder anzunehmen, und hoffe, daß ich, wenn meine Wiederwahl erfolgt, getragen von Ihrem Vertrauen und in voller Uebereinstimmung mit Ihnen, auch ferner für das Wohl unseres Vaterlandes werde thätig sein können."

* Die bayerische Staatsregierung wird nach unseren Informationen im Bundesrathe die Einschränkung des Eigenthumvorbehaltes der Abzahlungsgeschäfte beantragen. Veranlassung dazu hat der Regierung das durch die Untersuchungen erhaltene Material über den Geschäftsbetrieb derartiger Abzahlungsgeschäfte gegeben. — Das geistige Oberhaupt der ultramontanen Partei in Bayern hat dieser Tage wieder zur Feder gegriffen, um der eigenen Partei die Wahrheit gründlichst ins Gesicht zu sagen. Anlaß bietet dem bekannten Parlamentarier hierzu die jüngste Reise des Prinzregenten nach der Rheinpfalz, welche die Blicke auch auf die dortigen politischen Verhältnisse gelenkt hat. Ganz unverzeihlicher Weise, führt der Parlamentarier aus, ist die in früheren Jahren so rührige Centrumspartei ganz schläfrig geworden, die Demokratie hat ihren Boden im Volke nahezu ganz verloren, auch die Fortschrittler Richter'scher Couleur büßen fortgesetzt an Terrain ein, die protestantischen Conservativen sind ganz bedeutungslos geworden, bleiben nur noch die Nationalliberalen, sie das Terrain beherrschen. Während wir verschiedene pfälzische Parlamentarier kürzlich während der Regentenreise versicherten, daß erfreulicher Weise die allgemein beklagte Verbitterung in den Parteien etwas nachlasse und eine maßvollere Politik getrieben werde, jammert der ultramontane Parlamentarier über die Bayern noch ganz ruinirende Stagnation und Versumpfung. Das können wir abwarten!

* * *

* Der niederösterreichische Landtag hat am Freitag die Debatte über das Volksschulwesen beendet und mit 41 gegen 9 Stimmen die von dem Abg. Magg beantragte Resolution angenommen, nach welcher der Landtag die Ueberzeugung ausspricht, daß der unverbrüchbare Fortbestand der Reichsvolksschulgesetze von 1868 und 1869 von der höchsten Wichtigkeit für das Wohl des Landes sei und sich nachdrücklichst gegen alle Bestrebungen zur Unterwühlung der als gut und nützlich bewährten Schulgesetze verwahrt und von der Regierung erwartet, daß dieselbe in den gesetzgebenden Körpern jeder grundsätzlichen Aenderung der Volksschulgesetze entgegentreten, insbesondere jede Minderung des Lehrzieles hintanhalten und die Rechte des Staates bezüglich der Schule in vollem Umfange aufrechthalten werde.

* Die Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens in Brillanten an den russischen Minister v. Giers ist mehrfach dementirt worden, und es tauchen auch Stimmen auf, welche dieselbe mit den Besuchen Sr. Maj. des Kaisers Wilhelm in Wien und Rom in Zusammenhang bringen wollen. Diejenigen, die sich in solchen grundlosen Combinationen ergehen, übersehen, daß es sich um eine nachträgliche Veröffentlichung handelt, die erst erfolgen konnte, nachdem Herr v. Giers die Bewilligung zur Annahme der erwähnten Auszeichnung seitens seines Souverains erhalten, und daß diese Veröffentlichung gleichzeitig mit jener der Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens an den Prinzen Waldemar von Dänemark und an den schwedischen Staatsminister Bildt erfolgte. Man hat es mithin mit Auszeichnungen zu thun, die anläßlich der Besuche Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm in Peterhof, Stockholm und Kopenhagen erfolgten, die aber mit den Besuchen in Wien und Rom in keinerlei Zusammenhang stehen.

* Der russischen Presse ist die Ansprache, mit welcher General Davoust, Herzog von Auerstädt, in Lyon am 7. d. M. den Präsidenten der französischen Republik begrüßte, recht gelegen gekommen, um ungescheut einmal wieder dem Deutschenhaß frönen zu können. „Nowoe Wr." erblickt in der Rede „ein Zeichen der Zeit", welches sie in dem Sinne glaubt deuten zu dürfen, daß die Armee gegen die Haltung der parlamentarischen Republikaner, welche stets besorgt sind, wegen ihres Chauvinismus aus Berlin Vorwürfe zu erhalten, Einspruch erhebt. Die Rede beweist ihr, daß es den Nachfolgern des Generals Boulanger auf dem Posten des Kriegsministers noch nicht gelungen ist, in der Armee jenen Geist zu ersticken, welchen „der brave General" erweckt hat. Wie haltlos die Auslassungen der „Now. Wr." auch sind, sie verrathen deutlich genug, was man wünscht.

* In Afghanistan scheint vollständiger Wirrwarr an der Tagesordnung zu sein. Jede von dort kommende Meldung hebt den Inhalt ihrer Vorgängerin auf. Nachdem dieser Tage erst ein in Simla erhaltenes Telegramm den Sieg der Truppen des Emirs über den Rebellen Isak Khan meldete, erfährt heute das „Renter'sche Bureau" aus Allahabad, daß ein neuerlicher Aufstand gegen Abdurrahman, und zwar von den Stämmen am Ghanzi, im Anzuge sei. Statt durch den „Sieg" über Isak Khan befestigt zu sein, scheint also das Regime des Emirs erschütterter als vorher, was den Verdacht erweckt, als sei es mit dem „Siege" seiner Truppen überhaupt nichts, und beginnen die afghanischen Stämme sich dem aufgehenden Gestirne Isak Khan's zuzuwenden. In diesem Falle dürfte die Zeit verhältnißmäßiger Ruhe in jenen Gegenden Mittelasiens wohl am längsten gewährt haben.

* In mehreren Zeitungen findet sich die Nachricht, daß Dar-es-Salaam und Bagamoyo von den Deutschen aufgegeben worden sei, wahrscheinlich in Folge einer Meldung englischer Zeitungen, nach welcher das deutsche Flaggschiff mit Kranken in Zanzibar angekommen sei. Es wird dabei aber übersehen, daß vor Bagamoyo zwei Kriegsschiffe liegen. Bis jetzt ist, wie der „Post" mitgetheilt wird, von einer Aufgabe der beiden Städte in Berlin nichts bekannt geworden.

* Am 16. d. M. eröffnete zu Mexico Präsident Diaz den 14. verfassungsmäßigen Congreß mit einer Botschaft. Darin erwähnt er, wie üblich, zunächst die guten Beziehungen zu den auswärtigen Mächten und die Erhaltung des Friedens im Innern. Mit Italien ist ein Vertrag abgeschlossen worden, um die Landesangehörigkeit einzelner Personen in gewissen Fällen festzustellen, und mit Großbritannien soll demnächst ein Vertrag zur Auswechslung von Postpacketen zustandegebracht werden. Die in diesem Jahre stattgehabten Wahlen seien mit solcher Ruhe und Ordnung vor sich gegangen, daß es der Regierung möglich gewesen, den größten Theil ihrer Aufmerksamkeit dem materiellen und geistigen Fortschritt des Landes zu widmen. Der Postdienst ist seit Einführung des niedrigen Tarifs im Jahre 1883 in beständig und stark steigerndem Verhältniß in Anspruch genommen worden, die Anzahl der beförderten Poststücke ist von 8½ Millionen in dem erwähnten Jahre auf 29 Millionen gestiegen. Auch der Bau von Eisenbahnen ist bedeutend gefördert worden: am 21. Mai wurde die